

Rainer Carius*

„Energiewende ja, aber nicht bei uns ...“

Die Energiewende findet in den Kommunen statt. Dort wird sie derzeit vor allem durch den Bau von Windrädern, Biomasseanlagen und Solarfreiflächen sichtbar. Für Kommunen stellen sich zahlreiche Fragen und es müssen richtungsweisende Entscheidungen getroffen werden. Oft schwindet in der Bürgerschaft die generell hohe Zustimmung zur Energiewende, wenn sich etwa in Form von Windkraftplanungen die gewohnte Umgebung verändert. Diskussionen brechen auf und gelegentlich eskalieren Konflikte bis hin zu persönlichen Anfeindungen. Das Land bietet den Kommunen nun Unterstützung mit dem Forum Energiedialog an. Es informiert, berät und hilft beim Umgang mit Konflikten.

Die Energiewende stößt laut Umfragen anhaltend auf eine breite Zustimmung. Die mit der Energiewende verbundenen Erwartungen wie der Ausstieg aus der Kernenergie, die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern oder deren Beitrag zum Klimaschutz sind attraktive Ziele. Doch keine der Alternativen ist frei von Nebenwirkungen. Egal, welche Energietechnologie eingesetzt wird – ob Windenergie-, Photovoltaik- oder Biomasseanlagen –, alle Optionen haben auch Auswirkungen, die von den Betroffenen unterschiedlich wahrgenommen und bewertet werden. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie ist aufgrund der heute verfügbaren Tech-

nik auch mehr Dezentralität bei der Energieerzeugung verbunden. Energieanlagen und insbesondere Windräder werden vor allem im ländlichen Raum errichtet. Dies bringt den Kommunen vor Ort einerseits neue Chancen, stellt sie andererseits aber auch vor Herausforderungen. Häufig bieten Bergkämme geeignete Standorte für Windräder. Bergkämme sind oft aber auch Gemarkungsgrenzen. Dies kann zu einer ungleichen Nutzen-Lasten-Bilanz für die benachbarten Kommunen und möglicherweise zu Konflikten innerhalb und zwischen den Kommunen führen. So ist es auch keine Überraschung, dass die Zustimmung für die Energiewende

angesichts der erforderlichen Infrastruktur vor Ort abnimmt und teilweise auch von heftigem Widerstand gegen konkrete Projekte begleitet wird. Spätestens dann befinden sich die Kommunen auf schwierigem Terrain, droht doch ein Verlust des „Friedens im Dorf“.

Selbst gestalten oder abwarten? In beiden Fällen sind Konflikte möglich

Insbesondere die Planung und Errichtung von Windenergieanlagen stellt die Kommunen vor – zum Teil – ungewohnte Aufgaben. Wenn es die örtlichen Rahmenbedingungen – wie etwa die Windhöufigkeit, Verfügbarkeit von Flächen, Schutz- und Nutzungsbestimmungen – erlauben, können die Kommunen entweder Konzentrationszonen für die Windenergienutzung ausweisen oder aber auf die kommunale Planung verzichten. Egal, wie sie sich entscheiden – Konflikte sind in jedem Fall möglich und in vielen Fällen auch zu erwarten. Will die Kommune den Ausbau der Windenergie über einen Flächennutzungsplan gestalten, dann muss sie häufig unterschiedliche private und öffentliche Interessen unter einen Hut bringen.

Photovoltaikanlagen stellen eine Alternative zu fossilen Energieträgern dar, aber auch sie sind mit Nebenwirkungen behaftet.



Foto: Rainer Sturm / PIXELIO

* Rainer Carius ist Projektleiter Forum Energiedialog beim Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg.

gen. Weitere Weichenstellungen sind vorzunehmen. Dazu gehört beispielsweise die Initiierung und Begleitung von Bürgerenergiegenossenschaften. Hält sich die Kommune bei der Planung eher zurück, können Windräder möglicherweise auch an Standorten gebaut werden, an denen sie noch weniger erwünscht sind.

Wie auch immer sich die konkrete Umsetzung der Energiewende vor Ort gestaltet – in jedem Fall sind zahlreiche Entscheidungen zu treffen und zu kommunizieren. Im Gemeinderat müssen rechtliche und fachliche Gegebenheiten bedacht, unterschiedliche Interessen berücksichtigt sowie Bürgerinnen und Bürger frühzeitig informiert und mitgenommen werden. Für manche, insbesondere kleinere Kommunen ist dies eine fordernde Aufgabe, soll es den „Frieden im Dorf“ nicht gefährden. Um den Städten und Gemeinden hier Unterstützung anzubieten, wurde das Forum Energiedialog eingerichtet. Abgesehen von der Bereitstellung der erforderlichen Räumlichkeiten ist das Angebot des Forums für die Kommunen kostenlos – das Land kommt dafür auf.

Forum Energiedialog: Professionelle Unterstützung durch einen externen Dienstleister

Das Forum Energiedialog hält ein breites Angebot an Instrumenten bereit, mit denen es die Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende begleitet. Ein professionelles Team aus erfahrenen Beratern und Moderatoren steht den Kommunen zur Seite, wenn es darum geht, sich abzeichnende Konflikte frühzeitig konstruktiv aufzugreifen oder bereits entstandene Konflikte in ihrer Eskalation zu begrenzen. Das Forum soll Bürgermeister und Gemeinderäten trotz der komplexen Entscheidungsprozesse dabei helfen, handlungsfähig zu bleiben; sie sollen den Gestaltungsauftrag sowohl zum Wohl des lautstarken wie auch des stilleren Teils der Bürgerschaft ausführen können. Das Forum kann einen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen vor Ort verstehen, worum es geht und welche Spielräume bestehen.



Foto: Luisa Driksen / PIXELO

Auch moderierte Bürgerveranstaltungen gehören zum Angebot des Forums Energiedialog.

Die Instrumente, über die das Forum Energiedialog verfügt, umfassen unter anderem die Beratung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie von Gemeinderäten in kommunikativen oder strategischen Fragen. Eine spezielle Fach- oder Rechtsberatung gehört nicht zum Aufgabenbereich des Forums, kann aber im Einzelfall durch Vermittlung von Expertinnen und Experten erfolgen. Auch können Beratungsleistungen der Kompetenzzentren Energie an den vier Regierungspräsidien hinzugezogen werden. Die Zentren wurden im Rahmen der Einrichtung des Forums Energiedialog personell verstärkt.

Vielseitiges Angebot und allparteiliche Grundhaltung

Neben der Beratung bietet das Forum Energiedialog den Kommunen auch die organisatorische Unterstützung bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und bei der Herausgabe von Informationsbroschüren an, die auf die jeweilige Situation in der Kommune ausgerichtet sind. In sogenannten „Infobriefen“ werden wichtige Fragestellungen beispielsweise im Zusammenhang mit der Errichtung von Windrädern leicht verständlich sowie möglichst objektiv aufgearbeitet. Der aktuelle Sachstand wird darin dargestellt; kontroverse Meinun-

gen finden Berücksichtigung. Darüber hinaus bietet das Forum Energiedialog verschiedene Dialogformate zur Klärung fachlicher Streitpunkte an, es organisiert und moderiert Bürgerveranstaltungen und übernimmt im Bedarfsfall auch die Schlichtung in Mediationsverfahren. Um bei diesen Maßnahmen Allparteilichkeit zu gewährleisten, hat die Landesregierung diese Aufgaben in die Hände externer Dienstleister gegeben. Nach einer europaweiten Ausschreibung erhielten die beiden Darmstädter Kommunikations-Agenturen teamewen und genius gmbh gemeinsam den Zuschlag für das Projekt. Sie verfügen über langjährige und weitreichende Erfahrung auf den Gebieten „Dialog und Wissensvermittlung“, auch und gerade im Bereich umstrittener Infrastrukturvorhaben. Mit ihren mobilen Teams aus Spezialisten für Beratung, Kommunikation, Schlichtung und Veranstaltungsorganisation unterstützt das Forum Energiedialog Kommunen im ganzen Land.

Beratung, Moderation und Konfliktbearbeitung sind gefragt

Dass in vielen Kommunen der Wunsch nach Unterstützung besteht, wurde nach einer entsprechenden Untersuchung des Umweltministeriums im

Herbst 2014 deutlich. Aus dieser Bedarfsanalyse ging hervor, dass bei kommunalen Entscheidungsträgern Nachfrage nach Beratung, Moderation und Unterstützung im Umgang mit Konflikten besteht. Die Landesregierung reagierte und rief in Ergänzung zu bereits bestehenden Beratungsangeboten das Forum Energiedialog ins Leben. Das Forum knüpft auch an das „Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept Baden-Württembergs (IEKK)“ an, das die Strategien und Maßnahmen des Landes zur Reduktion der Emissionen von Treibhausgasen benennt.

Gerade beim Ausbau der Windenergie ist der Dialog zwischen Verwaltung, Wissenschaft, Politik und Bürgerschaft notwendig – weil die Errichtung von Windrädern sichtbare Eingriffe in Natur und Landschaft mit sich bringt und die Menschen in ihrer Nähe sich durch sie besonders stark betroffen fühlen. Auch deshalb beschäftigte sich das Forum in seiner Anfangsphase schwerpunktmäßig mit der Windenergie, steht den Kommunen aber technologieoffen auch bei anderen Projekten der Energiewende zur Verfügung – sei es bei der Nutzung von Photovoltaik, Bioenergie oder auch beispielsweise bei Geothermie. Das Gelingen der Energiewende ist eine

Das Forum steht nicht nur für Windenergieprojekte zur Verfügung. Unterstützungsangebote gibt es beispielsweise auch, wenn Biogasanlagen gebaut werden sollen.

Aufgabe von enormer ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung. Es gilt, dabei entstehende Konflikte so zu regeln, dass keine bleibenden Gräben zwischen Kommunen, Nachbarn und innerhalb von Familien entstehen. In diesem Sinne ist es zu wünschen, dass möglichst viele betroffene Kommunen das Beratungsangebot des Forums Energiedialog nutzen – auch dann, wenn sich erst Anzeichen für Konflikte zeigen.

Können das Bürgermeister nicht auch selbst?

Die Regelung von Interessenkonflikten gehört zum Tagesgeschäft von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Die Gemeinderäte sind so aufgestellt, dass sie auch die Interessen von kleinen Teilorten vertreten. Der Blick in die Praxis zeigt jedoch, dass die Politik ungewohnt in eine ungewohnte Rolle gerät. Bei Diskussionen zwischen besorgten oder wütenden Bürgern, Flächeneigentümern und Projektierern kann die lokale Politik in emotional aufgeheizten Situationen auch rasch zur Zielscheibe der Kritik werden. Ein externer, allparteilicher Akteur kann ihr hier zur Seite stehen und Entscheidungsträgern hel-

fen, auf den Weg zu einer sachlichen Auseinandersetzung und zu einem fairen Umgang miteinander zurückzufinden. Die breite Bürgerschaft – oft als „schweigende Mehrheit“ bezeichnet – mischt sich in der Regel nicht in die Konflikte um Windenergieanlagen ein. Sie verlässt sich darauf, dass der Gemeinderat und die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister kluge Entscheidungen treffen, die nicht von aufgeheizten emotionalen Konflikten beeinflusst sind.

Forum: Prozess wichtiger als Zahl der errichteten Windräder

Mit dem Forum Energiedialog will die Landesregierung dazu beitragen, dass Konflikte in den Kommunen im Zusammenhang mit der Energiewende auf konstruktive Weise ausgetragen werden. Zugleich soll die Handlungsfähigkeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Gemeinderäte in diesem Kontext gestärkt werden. Weiterhin wirkt das Forum daran mit, die komplexen Planungs- und Genehmigungsprozesse sowohl den Mitgliedern der Gemeinderäte als auch den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen. Das Forum macht die entsprechenden Prozesse transparent, sodass die Menschen vor Ort erkennen, wie diese Verfahren ablaufen und welche Handlungsspielräume dabei für sie bestehen. So ist für den Erfolg des Forums Energiedialog auch nicht die Anzahl der gebauten Windräder oder installierten Solaranlagen entscheidend. Bei der Tätigkeit des Forums geht es vielmehr darum, einen Prozess zu gestalten, in dem sich alle Beteiligten ernst genommen fühlen und mit ihren Fragen, Bedenken und Hoffnungen wiederfinden. ■

Az. 794.08

Kontakt

Rainer Carius
Ministerium für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft Baden-Württemberg
E-Mail: rainer.carius@um.bwl.de
Telefon: 0711 126 1213



Foto: Florian Cerlach / PIXELIO